

BESCHLUSSVORLAGE V0341/14 öffentlich	Referat	Referat III
	Amt	Bürgeramt
	Kostenstelle (UA)	1160
	Amtsleiter/in	Herr Karl Koller
	Telefon	3 05-15 50
	Telefax	3 05-15 58
E-Mail	buergeramt@ingolstadt.de	
Datum	25.09.2014	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Finanz- und Personalausschuss	10.10.2014	Vorberatung	
Stadtrat	22.10.2014	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Stellenplanantrag
(Referent: Herr Chase)

Antrag:

Im Stellenplan des Bürgeramtes, Sachgebiet 33/1, wird eine Planstelle in Vollzeit - Sachbearbeiter/in - in Bes.Gr. A6/A7 bzw. EG 6 TVöD neu ausgewiesen.

gez.

Helmut Chase
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten 47.575 Euro	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 1160000.HGr.4 <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro: 47.575
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input checked="" type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2015	Euro: 47.575
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von _____ Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von _____ Euro müssen zum Haushalt 20 _____ wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Die Stellenbemessung für das Bürgeramt beruht auf der Zeit der Planung und Einführung des Bürgeramtes im Kalenderjahr 2005.

Seit Einführung des Bürgeramtes hat sich der Kundenzuspruch um ca. 10,3 % (2005 – 50.600 Vorgänge; 2013/2014 – 55.800 Vorgänge) erhöht. Dies entspricht bei einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer aller Vorgänge von 10,5 Minuten insgesamt einer Zunahme von 910 Stunden/Kalenderjahr bzw. 0,61 Planstellen.

Die Wartezeiten des Bürgeramtes haben sich im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 7 auf 20 Minuten erhöht. Die Erhöhung der durchschnittlichen Wartezeit ist wesentlich durch die große Fluktuation von Arbeitnehmern aus den östlichen EU-Staaten sowie dem Personalaustauschprogramm der Fa. Audi AG von überwiegend mexikanischen Staatsbürgern mit Familienangehörigen und der damit einhergehenden Erhöhung der Bearbeitungszeiten im Bereich des Meldewesens verursacht. Für die Folgejahre muss weiterhin von vermehrten Zuzügen aus den osteuropäischen Ländern ausgegangen werden, so dass die Wartezeiten noch weiter ansteigen werden.

Das Bürgeramt hat in den letzten Jahren seine Onlinedienstleistungen stetig ausgebaut. Das eGovernment beschränkte sich zunächst auf das Bereithalten von Formularen.

Am 07.06.2011 wurde in Zusammenarbeit mit der AKDB ein weiterer Meilenstein, nämlich das Bürgerserviceportal für die Stadt Ingolstadt in Betrieb genommen.

Dort werden nun über den seit 01.11.2010 eingeführten neuen Personalausweis zahlreiche Verwaltungsvorgänge angeboten, die die Bürger online von zuhause aus erledigen können, z. B. Anträge auf Meldebestätigungen, Führungszeugnisse, Aufenthaltsbescheinigungen, Anforderung der Briefwahlunterlagen.

Mit Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes (BMG) im Kalenderjahr 2015 werden zusätzlich neben den einmaligen Tätigkeiten für die Einrichtung von Sperrungen auch die laufenden Tätigkeiten zunehmen. Dies ergibt sich insbesondere durch die Vorlagepflicht von Mietverträgen bzw. Mietbestätigungen für alle melderechtlichen Wohnungsveränderungen nach § 19 Abs. 1 BMG mit einem laufenden Aufwand von 560 Stunden/Kalenderjahr bzw. 0,38 Planstellen). Die Berechnung erfolgte auf Grundlage der Wohnungsveränderungen der letzten Kalenderjahre mit 17.000 An- und Ummeldungen und einem minimalen Zeitanteil von 2 Minuten je Fall).

Der Gesamtumfang beträgt 910 Stunden/Kalenderjahr für die Steigerung des Kundenzuspruchs, 100 Stunden/Kalenderjahr für die Einführung alternativer Bezahlmöglichkeiten und 560 Stunden/Kalenderjahr für die Vorlagepflicht von Mietverträgen. Dies entspricht insgesamt einem zusätzlichen Arbeitsanfall von 1.570 Stunden je Kalenderjahr bzw. 1,1 Planstellen.

Mit der Ausweisung der neuen Planstelle kann sichergestellt werden, dass die bisher geschaffenen Standards beim Bürgerservice und der Kundenzufriedenheit beibehalten werden. Außerdem kann der oben beschriebenen Tendenz der Verlängerung der Wartezeiten entgegengewirkt werden.

Die Vorlage ist mit der Steuerungsunterstützung abgestimmt.

